

KLIMA- UND UMWELTSCHUTZ

JETZT. FÜR MORGEN.



GRUENE-NIEDERSACHSEN.DE

MEHR ENERGIE FÜR KLIMASCHUTZ

Der vom Menschen verursachte Klimawandel ist längst Realität. Seit Beginn der Wetteraufzeichnungen waren elf der letzten zwölf Jahre die wärmsten. Auch hierzulande gibt es immer häufiger Stürme und heftige Niederschläge. Temperatur und Meeresspiegel werden weiter steigen. Aktuell geht es darum, den Anstieg so zu begrenzen, dass unsere Zivilisation nicht weggespült wird. Und es geht um ein paar ganz schlichte Wahrheiten:

- Der Verbrauch fossiler Energien wie Kohle, Öl oder Gas hat die von Menschen gemachte Klimaveränderung besonders vorangetrieben. Wenn der Temperaturanstieg noch auf zwei Grad begrenzt werden soll, muss der CO₂-Ausstoß bis 2050 um 80 Prozent reduziert werden. In Niedersachsen sollen die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40 Prozent sinken.
- Die Industrieländer sind Hauptverursacher der Klimaveränderung – und die Schwellenländer folgen leider diesem schlechten Beispiel. Jetzt müssen die Industrieländer handeln. Nur hier sind die technischen und finanziellen Möglichkeiten vorhanden, um kurzfristig einen radikalen Politikwechsel zugunsten des Klimaschutzes herbeizuführen.
- Klimaschutz gefährdet weder Wirtschaft noch Arbeitsplätze – er macht zukünftiges Wirtschaften und Arbeiten erst möglich.



Diejenigen Volkswirtschaften, die heute in der Entwicklung entsprechender Technologien eine Führungsposition einnehmen, sichern sich Wettbewerbsvorteile.

Die Botschaft des Weltklimarats der UNO ist eindeutig: Noch können wir die Klima-Katastrophe abmildern, aber uns bleiben nur wenige Jahre. Spätestens 2020 muss das fossile Zeitalter seinen Zenit überschritten haben. Ein Ziel unserer Politik ist der vollständige Umbau unserer Energie-Erzeugung auf regenerative Quellen. Ob Energieproduktion, Verkehr oder Landwirtschaft: Der Ausstoß an Treibhausgasen wie CO₂, Methan und Lachgas muss deutlich sinken.

Die drei „E“ Energieeinsparung, Erneuerbare Energien und Energieeffizienz sind alternativlos, wenn der Klimawandel begrenzt werden soll. Und: Weil der Markt für entsprechende Technologien weltweit rasant wächst, bieten sich auch der heimischen Wirtschaft jede Menge Chancen.

Einsparung statt Megawatt

Einfach Energie sparen: Das ist die größte Klimaschutz-Ressource. Die enormen Potenziale, Kohle, Öl und Gas durch moderne Technik, hiesigen Ingenieurverstand, regionale Handwerksleistungen und heimische Industrieprodukte zu ersetzen, werden bis heute unzureichend genutzt.



Und: Wer Energie spart, senkt Kosten und verschafft sich dadurch kurz- und langfristig Vorteile.

Mit Wärmedämmung und Gebäudesanierung lässt sich viel Energie sparen. Land und Kommunen müssen sich bei den eigenen Liegenschaften stärker engagieren und auch private Eigentümerinnen und Eigentümer zu Investitionen anregen. Wir werden eine Klimaschutz-Agentur ins Leben rufen, die Land und Wirtschaft gemeinsam tragen: Diese soll Privateigentümer und -eigentümerinnen unabhängig beraten und in der Landesverwaltung Initiativen zum Energiesparen auf den Weg bringen.

Auch bei der Stadtsanierung wollen wir den Klimaschutz in den Fokus der Förderprogramme rücken. Wir werden dazu modellhafte Gruppenbauvorhaben stützen, die Trendsetter bei Energieeffizienz sein können.

Bei Strombezug und Energiesparen muss das Parlament beim Landtagsgebäude mit gutem Beispiel vorangehen. Wir werden ein Sanierungsprogramm für landeseigene Gebäude auflegen und uns dafür einsetzen, dass in allen Landesgebäuden ausschließlich Ökostrom verwendet wird.

Viel Energie lässt sich auch bei den Haushaltsgeräten sparen. Um mehr umweltfreundliche Geräte auf den Markt zu bringen und gleichzeitig die Innovationskraft anzukurbeln, schlagen wir ein „Top-Runner-Modell“ vor. Bei dieser Anreizmethode

wird der Industrie in regelmäßigen Abständen ein ökologischer Orientierungswert gegeben, nach dem sich die Haushaltsgeräte-Hersteller richten sollen. Vorteil für Umwelt und wirtschaftliche Innovationsfähigkeit: In kurzer Zeit wird ein enormer Fortschritt in der Entwicklung klimafreundlicher Geräte stattfinden. In Japan ist das „Top-Runner-Modell“ bereits Standard.

Wir wollen außerdem strategische Forschungsallianzen für Energieeffizienz fördern – zum Beispiel bei der Entwicklung von Leichtbau-Werkstoffen in der Automobil- und Flugzeugindustrie, bei der Brennstoffzelle oder bei Speichertechnologien.

PROJEKT: **KRAFT-WÄRME-KOPPLUNG (KWK) – ODER DIE DOPPELTE NUTZUNG VON ENERGIE**

Energie vollständig nutzen: Großkraftwerke haben nur einen durchschnittlichen Energienutzungsgrad von 37 Prozent. Bei der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) wird auch die Abwärme genutzt – der Gesamtnutzungsgrad steigt deshalb auf 80 Prozent und mehr. Besonders geeignet für die KWK-Technik sind dezentrale, kleine Heizkraftwerke mit nahe gelegenen Abnehmern wie Wohnungen, Gewerbe oder



öffentlichen Einrichtungen. Länder wie Dänemark oder die Niederlande setzen in großem Umfang auf KWK.

In Deutschland gibt's Nachholbedarf:

Nur 12 Prozent der Stromproduktion kommen hierzulande aus KWK, machbar ist das Fünffache. Wir wollen die KWK-Energieerzeugung in Niedersachsen massiv ausbauen. Der Anteil an der Stromproduktion soll auf mindestens 40 Prozent klettern. Zusammen mit Energieunternehmen, Kommunen, Wirtschaft, Wohnungsunternehmen sowie privaten Hauseigentümerinnen und -eigentümern werden wir dafür eine KWK-Informations- und Ausbaukampagne starten und die Einrichtung von Nahwärmenetzen fördern.

Zukunftsperspektive Windenergie

Niedersachsen ist Deutschlands Windregion Nummer eins. Fast jedes dritte Windrad steht zwischen Borkum und Harz.

Und: Jedes zweite Windrad, das sich in Deutschland dreht, wurde in Niedersachsen hergestellt.

Windkraftanlagen tragen heute beträchtlich zur Stromproduktion bei: 30,6 Milliarden Kilowattstunden erwirtschafteten die Rotoren im vergangenen Jahr – und deckten damit 5,7 Prozent

des nationalen und gar 19 Prozent des niedersächsischen Strombedarfs. Wir müssen das Potenzial der Naturkraft noch stärker nutzen. Deshalb wollen wir es erleichtern, alte Windkraftanlagen durch neue leistungsfähigere Anlagen zu ersetzen (Repowering).

So lassen sich auch Planungsfehler korrigieren, die zum Beispiel dazu geführt haben, dass Windparks vereinzelt zu dicht an Wohnsiedlungen, in wichtigen Vogelrastgebieten oder in einem zu geringen Abstand untereinander errichtet wurden. Um solche Fehler zukünftig zu vermeiden, setzen wir auf eine bessere Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger in der Planung.

Die deutsche Nord- und Ostsee werden künftig beim Ausbau der Windenergie eine große Rolle spielen. In deutschen Offshore-Windparks wird in wenigen Jahren so viel Windstrom produziert wie heute bundesweit an Land. Wir unterstützen diese Pläne. Zum Schutz des Wattenmeeres müssen Standorte aber sorgfältig ausgewählt und Stromkabel bei der Trassenführung zum Festland gebündelt werden. Die notwendige Verstärkung des Leitungsnetzes von der Küste in die Ballungsräume soll unterirdisch erfolgen. So wird auch Elektrosmog reduziert.

Auf dem Festland fließen die Gewerbesteuererinnahmen aus dem Betrieb von Windkraft-Anlagen in die Kasse der jeweiligen Kommune. Für die geplanten Offshore-Anlagen gilt eine andere Rechtslage: Steuererträge aus dem Gebiet des niedersächsischen Küstengewässers und des daran anschließenden Festlandssockels



gehören nicht zu den Verbundeinnahmen. Diese Steuergelder nehmen daher nicht am kommunalen Finanzausgleich teil, sondern fließen direkt in den Landeshaushalt. Wir wollen diese Mittel vollständig nutzen, um die energetische Sanierung von Landesliegenschaften zu finanzieren.

Zukunftsperspektive Biomasse

Wir wollen Niedersachsen bei der Windkraft und allen anderen erneuerbaren Energieträgern zum Spitzenreiter machen. Das Erneuerbare-Energien-Gesetz schafft auch für die Landwirtschaft zusätzliche Einkommensmöglichkeiten. Wir wollen die Energieerzeugung mit Biomasse weiter voranbringen. Priorität bei der Förderung der Bioenergien sollte die in der Klimabilanz effizienteste und umweltverträglichste Nutzung von Energiepflanzen haben.

Die Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz muss konsequent auf Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung und die Einspeisung von Biogas ins Erdgasnetz ausgerichtet werden. Mit klaren Vorgaben wollen wir dafür sorgen, dass der Energiepflanzenanbau wie die Landwirtschaft insgesamt, nicht zu Lasten von Naturschutz, Artenvielfalt und anderen ökologischen Zielen geht. Dazu sind unter anderem eine mehrgliedrige Fruchtfolge und eine strikte Begrenzung der Düngung festzuschreiben. Gentechnik und großflächige Monokulturen lehnen wir auch beim Anbau von Energiepflanzen ab.

Mit einem Zertifizierungsverfahren für importierte Biomasse zur energetischen Nutzung wenden wir uns gegen den Raubbau an den Regenwäldern.

Biogas kann in Erdgasqualität ins öffentliche Versorgungsnetz eingespeist werden oder als Kraftstoff Fahrzeuge antreiben. Beim Errichten von Biogasanlagen wollen wir höchste technische Standards und eine klare Genehmigungspraxis.

GUTES PRAXISBEISPIEL: BIOENERGIEDORF JÜHNDE

Es geht um Klimaschutz, aber auch um Versorgungssicherheit: Ein kleines Dorf nahe Göttingen zeigt Alternativen in der Energieversorgung auf. Jühnde ist das erste Bioenergie-dorf Deutschlands und fast vollständig autark. Vor rund zwei Jahren haben die Bewohnerinnen und Bewohner mit einer Biogasanlage ihre Strom- und Wärmeversorgung in die Hand genommen. Mit Getreide und Mist aus der Umgebung produzierte der Ort allein 2006 vier Millionen Kilowattstunden Strom. Dank Nahwärme sparte man 300.000 Liter Heizöl ein.

Was in Jühnde klappt, funktioniert auch anderswo!
Die traditionelle Dorferneuerung wollen wir deshalb um ein



Programm zur Förderung von Bioenergie-dörfern ergänzen. Wir wollen in jedem Landkreis mindestens zehn dieser Dörfer oder Stadtteile schaffen. Und wir wollen erneuerbare Energieträger massiv ausbauen – ob Biomassekessel, Solarkollektoren, Fotovoltaik- oder Erdwärmeanlagen.

Im Land der blauen Dächer

Das von GRÜNEN forcierte Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) hat Deutschland bei der Nutzung der Solarenergie in die Champions League geführt und viele Arbeitsplätze geschaffen. Wir wollen uns auf diesem Erfolg nicht ausruhen – sondern die Nutzung des „Kraftwerks“ Sonne durch Solarthermie und Fotovoltaik weiter vorantreiben. Deshalb werden wir uns dafür einsetzen, dass private Investoren Solaranlagen zum Beispiel auch auf Dächern öffentlicher Gebäude oder auf Lärmschutzwänden an Straßen bauen können.

Bei der anstehenden Novelle des EEG geht es darum, auch für die kommenden Jahre eine angemessene Vergütung für die Einspeisung von Solarstrom zu sichern. Niedersächsische Forschungseinrichtungen für Solarenergie wie das Institut für Solarenergieforschung Hameln (ISFH) wollen wir tatkräftig unterstützen und deren Know-how stärker nutzen.

Wir wollen Niedersachsen zum Land der blauen Dächer machen!

Erdwärme nutzen

Wärme von Mutter Erde: 99 Prozent unseres Planeten sind heißer als 1000 Grad. Und 99 Prozent des Rests sind wärmer als 100 Grad. Diese unerschöpfliche Energie wollen wir stärker nutzen. Im Vergleich zu einer Gas- oder Ölheizung lassen sich so rund 50 Prozent der CO₂-Emissionen sparen.

Wir wollen die Nutzung der oberflächennahen Erdwärme fördern – durch kostenlose Bereitstellung der erforderlichen geologischen Grundlagendaten und gezielte Öffentlichkeitsarbeit. Damit die Erdwärme ihren Teil zur Stromproduktion beiträgt, wollen wir entsprechende Forschung und Entwicklung in Niedersachsen unterstützen.

Keine neuen Kohlekraftwerke

Die Energiekonzerne planen mit Zustimmung der CDU/FDP-Landesregierung neue Kohlekraftwerke in Niedersachsen. Dies widerspricht allen Klimaschutzzielen.

Ein neues Kohlekraftwerk erzeugt pro Kilowattstunde fast viermal soviel CO₂ wie ein gleich großes Gas- und Dampf-Kraftwerk mit Kraft-Wärme-Kopplung.

Ersetzen wir die Dreckschleuder Kohlekraftwerk durch moderne Windkraft- oder Biomasseanlagen, können wir nach Berech-



nungen des Ökoinstituts sogar mehr als 95 Prozent des CO₂-Ausstoßes sparen. Wenn, wie geplant, in den nächsten Jahren bundesweit mehr als 27 neue Stein- und Braunkohlekraftwerke gebaut werden, steigen die CO₂-Emissionen der Stromwirtschaft bis 2020 drastisch. Zudem würde mit den neuen Kohlekraftwerken die Energieerzeugung der nächsten 40 Jahre festgeschrieben. Auch die EU-Kommission kritisiert dieses Vorgehen – zu Recht.

Wir lehnen die in Stade, Wilhelmshaven, Dörpen und anderswo geplanten Kohlekraftwerke ab. Energie aus Kohlekraftwerken wollen wir durch Energieeinsparung, Erneuerbaren Energien sowie Kraft-Wärme gekoppelte Gaskraftwerke ersetzen und damit den Treibhausgasausstoß deutlich reduzieren.

Hohe Emissionsstandards für Müllverbrennung

Auch Müllverbrennungsanlagen sind große CO₂- und Schadstoffemittenten. Die Abgas-Emissionen wollen wir für neue und alte Anlagen regelmäßig (alle 5 Jahre) durch schärfere Vorgaben auf den neuesten technischen Stand reduzieren. Soweit wirtschaftlich darstellbar, sind alte und neue Verbrennungsanlagen mit KWK-Technik auszustatten.

Das Verbrennen von Müll in Industrieanlagen wie Zementwerken ist nur nach den gleichen strengen Emissionsstandards wie bei den Müllverbrennungsanlagen zuzulassen.

Forschung intensivieren

Klimaschutz ist das zentrale Thema der nächsten Jahre und Jahrzehnte. Also müssen wir Forschung und Entwicklung intensivieren – zum Beispiel bei Stromspeichertechnologien oder bei der Herstellung biogener Treibstoffe. Wir wollen Forschungsschwerpunkte zum Klimaschutz an geeigneten Hochschulen in Niedersachsen etablieren und fördern. Zwischen Elbe und Ems soll ebenso zu Verminderungs- und Anpassungsstrategien an den Klimawandel geforscht werden. So wird Niedersachsen zum Innovationsmotor einer vorausschauenden Umweltpolitik! Finanzieren wollen wir dies aus den Dividenden der Beteiligung an der Volkswagen AG, die dem Landeshaushalt zufließen. Förderprogramme des Landes müssen mit Blick auf eine spürbare Senkung des Kohlendioxid-Ausstoßes umgestaltet werden.

PROJEKT: KLIMA-INNOVATIONS-FONDS

Durch eine Neukonzeption der Wirtschaftsförderung wollen wir zunächst 150 Millionen Euro Landesmittel umschichten, die für klimarelevante Maßnahmen einzusetzen sind. Die Finanzmittel des noch bestehenden Ökofonds werden in den Klima-Innovations-Fonds überführt. Die bisher aus dem



konventionellen Wirtschaftsförderfonds erfolgte Finanzierung der NBank und der verschiedenen Förderinstitute soll zukünftig direkt aus dem Landeshaushalt erfolgen. Alle weiteren Mittel des konventionellen Wirtschaftsförderfonds werden zugunsten des Klima-Innovations-Fonds umgeschichtet.

Daraus sind erhebliche Fördermittel bereitzustellen für:

- Klimaschutzinvestitionen in kleinen und mittelständischen Betrieben, insbesondere auch im Handwerk
- Klimaschutzforschung, insbesondere Kooperationen von Wirtschaft und Hochschulen
- sowie Klimaschutzinvestitionen in denkmalgeschützten oder anderen außergewöhnlichen Gebäuden. Entsprechende Richtlinien sollen unter Mitarbeit von Fachleuten aus den Bereichen Umwelt, Wirtschaft und Forschung erarbeitet werden.

Klimaschutz schafft Arbeitsplätze

Die Sonne schiekt keine Rechnung! Investitionen in regenerative Energien sind Investitionen in ökologische Industrieprodukte, Ingenieurs- und Handwerksleistungen. Der notwendige Umbau der Energiewirtschaft hilft also nicht nur dem Klima – er ist auch ein kräftiger Jobmotor.

Schon heute beschäftigt allein die Windenergie-Branche in Niedersachsen weitaus mehr Menschen als die traditionsreiche Wertindustrie. 5.000 weitere Arbeitsplätze können in Niedersachsen in den nächsten Jahren durch den Ausbau der Windenergienutzung in der deutschen Nordsee entstehen.

Angesichts des weltweit wachsenden Bedarfs ist unsere herausragende Stellung bei der Nutzung der Windkraft ein erstklassiger Vorteil auch für den Export dieser Umweltwirtschaftsgüter. Anderthalb Millionen Menschen arbeiten bereits bundesweit in der Umweltbranche. Eine Verdopplung der Arbeitsplätze in diesem Sektor bis 2020 erscheint möglich.

Die riesigen Einsparpotenziale durch Wärmedämmung und Gebäudesanierung sind ein Wachstumsprogramm für die seit Jahren kriselnde Bauwirtschaft – einem der wichtigsten Arbeitgeber im Land. Eine wachsende Zahl von Installationsbetrieben spezialisiert sich auf den Bau und die Wartung von Solaranlagen. Energieproduktion aus Pflanzen bietet der Landwirtschaft neue Perspektiven und sichert Arbeitsplätze gerade im ländlichen Raum.

Grüne Marktwirtschaft ist ökonomisch erfolgreicher, weil sie auf Effizienz setzt und im globalen Wettbewerb um ökologische Innovationen durch ihre Vorreiterposition bestehen kann. Wer mit grünen Ideen wirtschaftliche Erfolge erzielt, macht Lebensqualität, Arbeitsplätze und Wohlstand in Niedersachsen zukunftssicher.



ZUM NACHAHMEN: KLIMASCHUTZ AUS EIGENNUTZ

Mit Umwelt- und Klimaschutz Kosten sparen – den Standort und Arbeitsplätze sichern:

In einigen Ländern Europas kooperieren Kommunen und Bundesländer erfolgreich mit ihrer ansässigen Wirtschaft. Auf dem Weg dorthin gilt es Ressourcen zu sparen, Emissionen zu vermeiden und damit betriebliche Kosten wie auch ökologische Folgekosten zu senken.

Auch in der Landeshauptstadt Hannover gibt es seit mehreren Jahren externe Beraterinnen und Berater, die von der Kommune mitfinanziert werden. Sie informieren Klein- bis Großunternehmen in Workshops und analysieren Schwachstellen.

Die von den Unternehmen allein zu tragenden Investitionskosten amortisieren sich häufig bereits in weniger als drei Jahren. Wir wollen durch eine Koordinierungsstelle auf Landesebene für die Verbreitung dieses guten Ansatzes sorgen.

Möglichst viele Kommunen in Niedersachsen sollen mitmachen!

EU-Förderung für nachhaltige Entwicklung

Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen auf der Basis umweltgerechter Lösungen und regionaler Beteiligungen wollen wir zu Kriterien für die zukünftige EU-Förderung in Niedersachsen machen.

Unser Bundesland hat das Potenzial, durch Bündelung seiner Innovationskräfte zum führenden Standort etwa für Anbau, Produktion und Nutzung von Bioenergie zu werden. Mit der neuen Förderperiode der EU-Strukturfonds kann die Fokussierung auf solche Ziele einen dauerhaften Technologie- und Arbeitsplatzschub in Niedersachsen auslösen. Jedes Jahr stehen dafür mehr als 300 Millionen Euro im Land bereit.

Statt Zuschüssen: Wir wollen Beteiligungskapital und Kreditförderung weitgehend über revolvingende Fonds zur Verfügung stellen. So sollen sich Programme verstetigen. Bei der NBank werden wir endlich eine ministerienübergreifende zentrale Steuerung und eine unabhängige externe Evaluation der EU-Förderung bündeln.

Es muss Schluss sein mit dem bisherigen unproduktiven Nebeneinander und der Ineffizienz zahlreicher Fördertöpfe. GRÜNE sortieren die Gießkanne als Instrument öffentlicher Mittelverteilung ein für allemal aus.



KEIN ATOMKLO NIEDERSACHSEN

Die Atomkraft ist und bleibt eine unverantwortbare Risikotechnologie. Beispiele gibt es genug: Der Brand im Atomkraftwerk (AKW) Krümmel, die endlosen Störfälle in den AKWs Esenshamm und Brunsbüttel oder der Beinahe-GAU im schwedischen Werk Forsmark, das mit niedersächsischen Anlagen baugleich ist. All diese Fälle führen uns vor Augen, wie unzuverlässig Atomkraft-Betreiber sind. Eine Reaktor-Katastrophe ist auch in Niedersachsen jeden Tag möglich.

Die Atomaufsicht von Sanders Umweltministerium versagt peinlich, glaubt den Energiekonzernen und ignoriert bestehende Sicherheitsmängel. Neben den Risiken durch menschliches und technisches Versagen bleibt die Terrorgefahr unbeherrschbar. Kein Atomkraftwerk der Welt kann ausreichend vor terroristischen Angriffen geschützt werden.

Bündnis 90/Die Grünen wollen deshalb insbesondere das störanfällige Atomkraftwerk in Esenshamm deutlich früher abschalten als geplant.

Wir sprechen uns außerdem für die sofortige Schließung des Luft-Boden-Übungsplatzes „Nordhorn-Range“ aus. Die unmittelbare Nähe des Bundeswehr-Übungsplatzes zum AKW „Emsland II“ und zur angrenzenden Atomindustrie in Lingen stellt ein zusätzliches, latentes, unkalkulierbares und nicht hinnehmbares Risiko für die Bevölkerung dar.

Die Atommüllberge wachsen jeden Tag, an dem die Reaktoren laufen. Bis heute gibt es keine – auch nur halbwegs sichere – Methode, unsere strahlenden Hinterlassenschaften für Hunderttausende von Jahren sicher zu entsorgen.

Gorleben soll leben

Die Energiewirtschaft und die niedersächsische Landesregierung wollen das Moratorium in Gorleben beenden – sprich den Salzstock weiter erkunden.

GRÜNE erteilen dem Vorgehen eine Absage. Gorleben ist geologisch ungeeignet!

Gravierende Mängel wie die schlechte Qualität des Deckgebirges sprechen gegen den Salzstock als Endlager für hochradioaktiven Atommüll. Voraussetzung für die Akzeptanz einer neuen Endlagersuche ist und bleibt der nötige Atomausstieg.

Auch wenn interessierte Kraftwerksbetreiber die aktuelle Klimadebatte nutzen, um an dem Atomausstieg der rot-grünen Bundesregierung zu rütteln: Der Verzicht auf Atomkraft ist ein Gebot der Vernunft.

Die Risiken beim Kraftwerksbetrieb, die Gefahren der Wiederaufarbeitung, die Entsorgungsprobleme und die Gefahr des Missbrauchs von Kernbrennstoffen machen die Nutzung dieser Energieform unverantwortbar.



Kein Atommüll in Schacht Konrad

Die Festlegung auf ein Endlager für radioaktiven Müll kann nur in einem nachvollziehbaren Verfahren mit höchsten Sicherheitsstandards getroffen werden. Weil Atommüll für Millionen Jahre gefährlich bleibt, gilt es den relativ besten Standort zu wählen.

Der Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte (AKEnd) hat Ende 2002 Empfehlungen für ein bundesweites, systematisches Suchverfahren mit umfassender Beteiligung der Öffentlichkeit vorgelegt. Wir stehen hinter diesen Vorschlägen.

Nach den Erfahrungen mit Asse und Morsleben wollen wir, dass das Konzept der wartungsfreien, nicht-rückholbaren Atommüllendlagerung überdacht wird. Wir setzen uns für einen Neubeginn bei der Endlagersuche ein. Weder im Salzstock Gorleben noch im Schacht Konrad dürfen jetzt Fakten geschaffen werden.

Atomrecht für Asse II

Wie unsicher das Entsorgen des Atommülls ist, zeigt das Absaufen des ehemaligen Salzbergwerks Asse II bei Wolfenbüttel. Rund 127.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktivem Abfall lagern in dem Schacht, der als Prototyp für Gorleben geplant war.

Die Sicherheitsprognosen für die Asse haben sich bereits nach 20 Jahren als falsch erwiesen. Salzlauge dringt in das Gruben-

gebäude ein, das bereits in seiner Standsicherheit gefährdet ist. Es ist zu erwarten, dass mittelfristig radioaktives Material mit Grundwasser in Kontakt tritt. Die Lage unter Tage spitzt sich mit unabsehbaren Folgen für Mensch und Natur gefährlich zu.

Wir fordern die Bundes- und die Landesregierung auf, den atomaren Müll aus dem Atommülllager Asse II zurückzuholen. Bei der Stilllegung von Asse II soll Atomrecht angewandt werden. Die katastrophale Situation bei der Asse II zeigt eindringlich die gewaltigen Probleme bei der Endlagersuche. Der Standort wurde festgelegt, weil ein unrentables stillgelegtes Salzgewinnungsbergwerk zufällig zur Verfügung stand. Das gleiche gilt für Schacht Konrad in Salzgitter! Die kritischen Gegebenheiten des Standortes wurden ignoriert und lange Zeit geleugnet. Eine ähnliche Situation ist in Morsleben, nur 500 Meter von der niedersächsischen Landesgrenze bei Helmstedt, zu sehen: Auch dort gibt es einen „absaufenden“ Schacht.

Atomkraft ist kein Klimaschutz

Die Atomindustrie versucht den drohenden Klima-Kollaps zu nutzen, um Atomstrom als ökologisch – und die Leute für dumm zu verkaufen. Tatsächlich sind die Energieverluste bei den vor- und nachgeschalteten Prozessen der Atomkraft erheblich. Dies gilt vor allem für die Urananreicherung und die Abwärmeverluste im Kraftwerk, wo zwei Drittel der Energie über Kühl-



türme sinnlos in die Luft geblasen oder in Flüsse geleitet werden. Und: Atomstrom stellt gerade einmal drei Prozent des weltweiten Energieverbrauchs bereit.

Wollte man dem Klimawandel so begegnen, müssten zahlreiche AKWs neu gebaut werden. Die verfügbaren Uran-Reserven auf unserem Globus wären innerhalb weniger Jahre verbraucht. Atomkraft kann unser Klima nicht schützen – gleiches gilt für Großkraftwerke heutiger Bauart.

UMLENKEN IN DER VERKEHRSPOLITIK

Der dramatische Klimareport der UNO unterstreicht, dass der Ausstoß von Treibhausgasen im Verkehr weltweit schneller gestiegen ist als in jedem anderen Energieverbrauchssektor. Mit der ökologischen Steuerreform konnten die CO₂-Emissionen im Verkehr hierzulande von 1999 bis 2005 um neun Prozent gesenkt werden.

Aber es sind immer noch zu viele und zu verbrauchsintensive Spritfresser auf dem Markt. Ein Blick auf die Zahlen des Kraftfahrtbundesamtes bestätigt: 1992 waren in Deutschland rund 36,5 Millionen Kraftfahrzeuge gemeldet. Anfang 2007 waren es gut 55,5 Millionen. In Niedersachsen entwickelte sich der Bestand im gleichen Zeitraum ähnlich. Innerhalb von nur 15 Jahren ist Deutschlands Fuhrpark also fast um die Hälfte größer geworden.

Kein Autobahnneubau

Die vom Land vorangetriebenen Planungen zum Neubau von Autobahnen lehnen wir ab – ob A 39, A 22 oder A 33. Eingesparte Planungskosten wollen wir stattdessen investieren in die Unfallvermeidung an Gefahrenpunkten und in die lange vernachlässigte Bauunterhaltung vorhandener Landesstraßen. Wir werden die Landesstraßen innerhalb von fünf Jahren vollständig mit einem begleitenden Radweg versehen. So sichern wir auch den Schulweg für unsere Kinder.

Wir GRÜNEN fordern außerdem den weiteren Ausbau von Kreisverkehren, um Unfälle und Umweltbelastungen zu reduzieren.

Ökomobil in Niedersachsen

Die enorme Zunahme an Fahrzeugen belastet Deutschland erheblich: Nicht nur das Klima, auch der Mensch leidet unter Gesundheitsgefahren durch Feinstaub und Lärm. Neben einer Verkehrsverlagerung auf Bus und Bahn, befürworten wir deshalb Lenkungsmaßnahmen auf Basis der Telematik, das Einrichten von Umweltzonen sowie Tempolimits. Insbesondere Lkw-Maut-Ausweichverkehre sind gezielt zurückzudrängen. Dafür muss die Mautpflicht auf alle Umgehungsstrecken ausgeweitet werden. Die Lkw-Maut soll künftig für alle Fahrzeuge ab 7,5 Tonnen erhoben werden.



Wir plädieren für ein Tempolimit von maximal 120 Stundenkilometern auf Autobahnen. So wird der Schadstoff-Ausstoß schon kurzfristig spürbar reduziert und auch die Zahl der tödlichen Unfälle kann deutlich vermindert werden. Damit lässt sich die Kohlendioxid-Belastung aus dem Autoverkehr um mehrere Millionen Tonnen CO₂ reduzieren.

Für verbrauchsärmere Modelle sind weitere Anreize notwendig. Niedersachsen darf deshalb eine Klimaschutzorientierte Reform der Kfz-Steuer nicht weiter blockieren. Kriterium der Besteuerung darf nicht mehr der Hubraum, sondern muss endlich der CO₂-Ausstoß sein. Wer ein verbrauchsarmes Auto fährt, muss bei der Kfz-Steuer spürbar begünstigt werden. Ein Bonus-Malus-System soll Sparmobile zusätzlich fördern, finanziert durch Strafzahlungen von Spritschluckern. Die Abschreibungsfähigkeit von Dienstwagen muss ab 2008 bei einer Obergrenze von 140 Gramm CO₂ je Kilometer gedeckelt werden.

Von Protesten der Autolobby sollte sich niemand irre machen lassen! Es geht nicht darum, die individuelle Mobilität einzuschränken. Wir wissen, dass immer noch viele Menschen, insbesondere aus beruflichen Gründen, auf ihren Wagen angewiesen sind.

Es geht vielmehr darum, den Treibstoffverbrauch und damit den Schadstoff-Ausstoß drastisch zu reduzieren. Da es sich beim Treibhauseffekt um ein globales Phänomen handelt,

wird die Nachfrage nach verbrauchsarmen Fahrzeugen weltweit steigen. Volkswagen kann als einer der wichtigsten Arbeitgeber in Niedersachsen mit umweltfreundlichen „Volks-Wagen“ große Wettbewerbsvorteile erzielen.

Für ein besseres Mikroklima

Zu Lande, auf dem Wasser und in der Luft: Der zunehmende Verkehr führt zu großen Gesundheitsbelastungen durch Feinstaub. Hinzu kommt, dass der Verkehrslärm als Quelle gesundheitlicher Gefahren noch immer nicht ernst genommen wird.

Die Landesregierung hat durch schärfere EU-Vorgaben Zuständigkeiten für die Lärminderung und die Verbesserung der Luftqualität hinzugewonnen. Diese schiebt sie auf die Kommunen ab. Nur die leistungsstärksten Städte sind aber personell und finanziell in der Lage, wirksame Luftreinhalte- und Lärm-minderungspläne auszuarbeiten und umzusetzen.

Die Landesregierung hat es sogar versäumt, die Daten über die Lärmbelastung an Flughäfen, Bahntrassen, Autobahnen und Bundesstraßen rechtzeitig vorzulegen – obwohl sie dazu gesetzlich verpflichtet ist.

Wir wollen nicht hinnehmen, dass die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger dem Gutdünken der jeweiligen Ratsmehrheit einer Gemeinde ausgeliefert ist. Das rot-grüne Hannover zum



Beispiel richtet bereits eine Umweltzone ein und verbietet Fahrzeuge ohne Partikelfilter und wirksame Abgasreinigung aus der Innenstadt. Auf vergleichbare Anstrengungen zur Minderung des Feinstaubes müssen die Bürgerinnen und Bürger im CDU-geführten Braunschweig verzichten.

Das Land muss die Gesundheit seiner Bürgerinnen und Bürger schützen! Saubere Luft und weniger Lärm – das muss überall in Niedersachsen erreicht werden.

Wir unterstützen Kommunen, die sich für die Gesundheit ihrer Bürger einsetzen: Auf Wunsch sollen gesamte Orte zur Tempo-30-Zone erklärt werden. Ausnahme sind die Bundesstraßen.

Wir wollen auch Anreize zur Bevorzugung besonders schadstoffarmer Fahrzeuge für die Kommunen schaffen, zum Beispiel durch das kostenlose Benutzen von öffentlichen Parkplätzen.

Niedersachsen darf im Bundesrat nicht länger das Bereitstellen von Carsharing-Stellplätzen im öffentlichen Verkehrsraum blockieren. Schadstoffe und Lärm an der Quelle vermindern – das hat für uns Vorrang! Dafür brauchen wir saubere und leise Fahrzeuge, eine effektivere Verkehrssteuerung sowie einen Verzicht auf Nachtflüge, insbesondere am Flughafen Langenhagen.

Das Land muss seine Instrumente gegen einen Ausbau der Regionalflughäfen, etwa in Braunschweig oder Kassel-Calden, endlich nutzen und die Gesundheitsinteressen der Anwohnerinnen und Anwohner besser berücksichtigen.

Vorfahrt für Bus und Bahn

Wir lehnen die Privatisierung der Bahninfrastruktur ab. Das Schienennetz muss im öffentlichen Besitz bleiben. Wir setzen uns dafür ein, dass stillgelegte Strecken und Haltepunkte wieder in Betrieb genommen werden. Wichtige Lückenschlüsse sind neu zu bauen. Bahnhöfe müssen erhalten, attraktiver gestaltet und zu modernen Umsteige- und Informationszentren entwickelt werden. Niedersachsens Bahnen brauchen einen anschluss-sicheren Taktfahrplan. Ein Tarifverbund soll Fahrgästen bei allen Verkehrsmitteln eine attraktive Mobilität ermöglichen. Zu diesem Zweck werden wir eine individuelle Mobilcard einführen, die eine einfache und sichere Abrechnung der Fahrten ermöglicht. Kombiniert wird die Karte mit einem Internet-Portal, das die Fahrpläne und Kundeninformationen aller ÖPNV-Anbieter des Landes sowie angrenzender Regionen vorhält.

Busse und Bahnen haben eine bessere Öko-Bilanz als das Auto – und die Öffis gewährleisten die Mobilität der wachsenden Zahl älterer Menschen in unserer Gesellschaft. In verschiedenen Regionen unseres Landes sind der demografische Wandel und eine abnehmende Siedlungsdichte zu beobachten. Deshalb ist die Förderung des ÖPNV zukünftig gezielter auf die effizientesten Angebote und die tatsächlichen Bedarfsgruppen zuzuschneiden.

Es ist absurd, dass der besonders klimaschädliche Flugverkehr bislang völlig steuerfrei bleibt. Die Deutsche Bahn hingegen ist



einer der größten Mehrwertsteuerzahler. Wir wollen über eine Bundesratsinitiative den Mehrwertsteuersatz auf Bahnfahrkarten halbieren. Dafür sollen im Flugverkehr endlich die Mehrwertsteuer, die Besteuerung von Flugbenzin und eine Ticketabgabe eingeführt werden.

Wir wollen eine möglichst umsteigefreie Anbindung der wichtigsten touristischen Ziele an den Bahnverkehr. Busse sollen das Schienennetz optimal ergänzen und als Zubringer für die Bahn dienen. Bedarfsverkehre wie Rufbusse und Sammeltaxen schließen den ländlichen Raum an den öffentlichen Verkehr an. Wir wollen das Radwegenetz ausbauen und eine kostenlose Fahrradmitnahme in den Öffis ermöglichen. Die Einschränkungen des ÖPNV-Angebots wegen der vom Bund gekürzten Regionalisierungsmittel werden wir zurücknehmen. Die Einnahmen, die dem Land aus der Erhöhung der Mehrwertsteuer zufließen, wollen wir teilweise für attraktive Alternativen zum eigenen PKW vorhalten.

Güter auf Schiene und Wasserstraßen

Güterverkehr soll verstärkt auf Bahn und Binnenschiffe verlagert werden. Zu diesem Zweck unterstützen wir regionale Güterverteil- und Verkehrszentren für einen kombinierten Ladungsverkehr. Industriestammgleise sind auszubauen und Gewerbegebiete so weit wie möglich an Schienentrassen anzubinden. Nachdrücklich werden wir uns für eine verbesserte Schienen-

anbindung der norddeutschen Häfen einsetzen, um vor allem den Container-Verkehr stärker von der Straße auf die Schiene zu lenken. Wegen der stark wachsenden Güterverkehre wollen wir kurzfristig mit den Bundesländern Bremen und Hamburg ein gemeinsames, zukunftsgerichtetes Schienenausbaukonzept erarbeiten. Dieses soll die neuralgischen Knoten und die Hauptlinien neu überplanen. Wir wollen das Konzept zusammen mit den anderen Ländern gegenüber dem Bund und der Deutschen Bahn AG durchsetzen. Vorhandene Bahnstrecken und -trassen müssen reaktiviert, saniert, ausgebaut, und modernisiert werden. Wo das nicht ausreicht, um wachsende Verkehre auf der Schiene zu bewältigen, sind auch Neubau-Maßnahmen erforderlich. Keine Riesen-Lastwagen auf unseren Straßen: Das ökologisch unsinnige und verkehrsgefährdende GigaLiner-Experiment darf nicht fortgesetzt werden.

Der Güterverkehrsträger mit den geringsten CO₂-Emissionen ist mit großem Abstand das Binnenschiff. Die Wasserstraßen im Binnenland können noch weitere Mengen transportieren. Wir wollen das Kanalnetz, insbesondere den Elbe-Seitenkanal, Stichkanäle und die Binnenhäfen für das Großmotorgüterschiff durchgängig befahrbar machen – mit möglichst geringen Natur-ingriffen. Die Häfen sind mit entsprechenden Umladestationen insbesondere für Zubringerverkehre auf der Schiene auszustatten. Zentrales Ziel unserer Seehafenpolitik ist eine norddeutsche Hafenkooperation, um Ladungsverkehre, insbesondere den weiter wachsenden Containerverkehr, arbeitsteilig abzuwickeln.



Knappe öffentliche Mittel dürfen nicht länger im Ausbauwettbewerb der Häfen untereinander verpulvert werden. Aufgrund seiner geografischen Lage und des naturgegebenen tiefen Fahrwassers muss der JadeWeserPort zu dem deutschen Tiefwasserhafen werden. Weitere Vertiefungen von Unterelbe und Außenweser sind damit überflüssig.

Wir wollen, dass private Betreiber die Finanzierung der Infrastruktur in den niedersächsischen Seehäfen übernehmen.

Für öffentliche Dienstleistungen sind in Abstimmung mit den Standorten auch in benachbarten EU-Staaten kostendeckende Hafengebühren zu erheben. Seeschiffe werden in der Regel mit Schweröl betrieben – sie sind damit noch immer schwimmende Sondermüllverbrennungsanlagen. Internationale Regelungen müssen dies unterbinden. Bis dahin sind die Dreckschleudern zumindest in den Häfen zwingend an eine externe Stromerzeugung anzuschließen. So soll kurzfristig zumindest dort der Auswurf von Stickoxiden, Feinstaub und anderen Schadstoffen verringert werden. Besonders umweltfreundliche Schiffe sollen durch ein Bonus-Malus-System bei den Hafen- und Lotsengebühren belohnt werden.

MEHR MEER BRAUCHT MEHR DEICH

Für Sicherheit an den Küsten: Durch den Klimawandel steigt der Meeresspiegel erheblich an, Sturmfluten nehmen an Intensität und Häufigkeit zu. Allein durch die thermische Ausdehnung des

Wassers erwarten Forscherinnen und Forscher einen Anstieg von bis zu einem halben Meter noch innerhalb dieses Jahrhunderts. Das in jüngster Zeit verstärkte Abschmelzen des Festlandeis der Westantarktis und Grönlands verstärkt diesen Trend. Klimabedingte Verlagerungen der Meeresströmungen könnten das Wasser in der Deutschen Bucht zusätzlich um einen Meter ansteigen lassen. Die Küstenschutzanlagen sind nach den aktuellen Erkenntnissen der Wissenschaft deshalb in Niedersachsen um mindestens 80 Zentimeter zu erhöhen – weit mehr also, als CDU und FDP bisher planen.

NATUR- UND LANDSCHAFTSSCHUTZ FÖRDERN

Im Naturschutz hat der so genannte Umweltminister Hans-Heinrich Sander (FDP) agiert wie die Axt im Walde. Ein besonders plakatives Beispiel: Seine Kettensägenaktion im Biosphärenreservat Elbtalau, wo Herr Sander eigenhändig besonders geschützte Bäume gefällt hat. Und zwar entgegen europäischem und niedersächsischem Naturschutzrecht. Im europaweiten Schutzgebietsnetz „Natura 2000“ hat Sander Niedersachsen zum europäischen Schlusslicht beim Erhalt unseres Naturerbes gemacht. Aus dem Vertragsnaturschutz wollen viele Bäuerinnen und Bauern frustriert aussteigen, weil der Minister die Bedingungen so verschlechtert hat. Die Naturschutzfachbehörde, das Landesamt für Ökologie, wurde kurzerhand zerschlagen, um Fachleute, Kritikerinnen und Kritiker mundtot zu machen. Statt



die Umweltverbände in ihrer wichtigen Rolle als Anwälte der Natur ernst zu nehmen, wurden ihnen Beteiligungsrechte und Förderung zusammengestrichen. Nachdem fünf Jahre lang diese neue, destruktive Spezies von Hausbesetzern aus der FDP das Umweltministerium verwüstet hat, bedarf es umfassender politischer Aufräumarbeiten. Wir krempeln die Ärmel hoch!

Die niedersächsischen Schutzgebiete, die Nationalparke Niedersächsisches Wattenmeer und Harz, das Biosphärenreservat Elbtalau, unsere Natur- und Landschaftsschutzgebiete sind die Perlen unserer Landschaft. Durch konsequenten Schutz dieser Gebiete müssen diese Perlen endlich wieder glänzen. Deshalb soll das europäische Schutzgebietsnetz „Natura 2000“, also Flora-Fauna-Habitat- (FFH) und EU-Vogelschutzgebiete, vollständig ausgewiesen werden. Erst die Schnur macht aus Perlen eine Kette: Deshalb brauchen wir vor allem in unserer Agrarlandschaft ein Verbundsystem von Hecken, Feldgehölsen, Gewässerrandstreifen und Säumen.

Über 60 Prozent der Fläche Niedersachsens wird landwirtschaftlich genutzt. Viele seltene Tier- und Pflanzenarten sind auf eine naturnahe Landwirtschaft angewiesen. Vor allem feuchtes Grünland hat in Niedersachsen eine hohe Bedeutung: Hier wachsen selten gewordene Orchideenarten und Sumpfdotterblumen, hier brüten Vogelarten wie Kiebitz und Uferschnepfe. Und hier rasten nordische Gänse, für die wir „der Süden“ sind. Diese Flächen gilt es gemeinsam mit den Bäuerinnen und Bauern zu erhalten und

zu entwickeln. Deshalb wollen wir im Rahmen der EU-Agrarförderung einen klaren Schwerpunkt auf naturnahe, extensive Landwirtschaft legen. Dabei müssen der Vertragsnaturschutz ausgebaut und ökologische Leistungen der Landwirtschaft – wie Ökolandbau oder Landschaftspflege – aus Agrarumweltprogrammen honoriert werden. Dafür werden wir kein Geld verschwenden für den Ausbau der Feldwege zu Treckerrennbahnen und auf unsinnige Flurbereinigungsmaßnahmen verzichten.

Nasses Moor ist gut fürs Klima

Moore sind ein wertvoller Bestandteil unserer niedersächsischen Landschaft. Knapp 4.500 Quadratkilometer Hoch- und Niedermoor sind wichtige Speicher für Klimakiller, vor allem CO₂ und Methan. Für großflächigen Torfabbau und intensive landwirtschaftliche Nutzung wurden unsere Moore fast vollständig entwässert. Dadurch werden die zum Teil seit Jahrtausenden im Moor gespeicherten Treibhausgase wieder freigesetzt: Immerhin etwa 8,5 Prozent der menschengemachten CO₂-Emissionen in Niedersachsen stammen aus entwässerten Mooren.

Was ist zu tun? Wir stehen für konsequenten Moorschutz, also eine strikte Begrenzung des Torfabbaus und die konsequente Wiedervernässung trockengelegter Hoch- und Niedermoores. Damit kann die permanente Klimagasfreisetzung gestoppt – und unter günstigen Bedingungen der Speicher sogar wieder



aufgefüllt werden. Das nutzt dem Klima und ist gut für die Natur: Moorfrisch, Ziegenmelker oder Sonnentau finden so neuen Lebensraum.

Lebendige Gewässer

Alle Pläne zu Vertiefungen müssen gestoppt werden – bei Unterelbe, Unter- und Außenems sowie Außen- und Unterweser. Die für den Hochwasserschutz im Binnenland erforderlichen Überschwemmungsgebiete sind zu erweitern beziehungsweise wieder herzustellen. Wo irgend möglich, sind Fließgewässer inklusive ihrer Auen und Altarme zu erhalten oder zu renaturieren. Entsprechende Maßnahmen sind ein Beitrag zum Natur- und Artenschutz – und sie vermindern die Pegelstände bei Hochwasser. Im Jahr 2000 hat das Europäische Parlament die Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) verabschiedet. Erst 2004 hat Niedersachsen mit der Umsetzung begonnen. Wir begrüßen das Ziel, dass 2015 alle Gewässer einen „guten ökologischen Zustand“ erreicht haben sollen. Die Landesregierung tut alles gegen dieses Ziel: Sie schönt die Bestandsaufnahme und schwächt die Umweltziele deutlich ab. Schwarz-Gelb demotiviert die Mitglieder in den Gebietskooperationen dadurch, dass für Maßnahmen kaum Geld vom Land zu erwarten ist. Wir GRÜNE wollen eine nachhaltige Wasserpolitik – nicht nur auf dem Papier. Wir setzen uns für eine konsequente Umsetzung der europäischen Umweltziele in Niedersachsen ein. Die Ziele der WRRL müssen für alle gelten.

NACHHALTIGE LÖSUNG GESUCHT: WESER UND WERRA NICHT VERSALZEN

Das hessische Unternehmen K+S AG (ehemals Kali und Salz AG) plant über eine Pipeline jährlich 700.000 Kubikmeter Salzlauge in die Werra einzuleiten.

Damit würde auch die Weser durch zusätzliche Salzfrachten belastet – mit erheblichen Folgen für Artenvielfalt, Landwirtschaft, Tourismus und Trinkwasserversorgung.

Das Unternehmen beruft sich auf kriegsbedingt genehmigte Grenzwerte von 2500 Milligramm Salz pro Liter Werrawasser. Die Regelung stammt aus dem Jahr 1942. Die Länderarbeitsgemeinschaft Wasser hat hingegen einen Grenzwert von 100 Milligramm Chlorid pro Liter Flusswasser vorgeschlagen.

Bündnis 90/Die Grünen wollen nicht, dass Flüsse als Abwasserkanäle missbraucht werden. Wir lehnen die zusätzliche Versalzung von Weser und Werra ab. Die Wasserrahmenrichtlinie muss auch für K+S gelten.

Die Landesregierung muss daher mit allen rechtlichen und politischen Möglichkeiten intervenieren. Sie muss sich insbesondere bei der hessischen Landesregierung für ökologisch nachhaltige Lösungen einsetzen, die eine zusätzliche Versalzung von Werra und Weser ausschließen.



Bodenabbau begrenzen

Der Torfabbau, auch Sand-, Kies-, Ton- und Gipsgewinnung reißen empfindliche Wunden in die Landschaft. Deshalb setzen wir uns dafür ein, durch Bodenabbau gewonnene Rohstoffe möglichst mit Recyclingprodukten zu ersetzen: Kompost ist ein hervorragender Ersatz für Torf.

Mit REA-Gips kann der Gipsabbau zum Beispiel in der Harzer Gipskarstlandschaft vollständig vermieden werden. Wir müssen die im Landesraumordnungsprogramm ausgewiesenen Vorranggebiete für den Bodenabbau deutlich reduzieren. Um Flächen zu schonen, sind bestehende Abbaustätten optimal zu nutzen.

Dazu schlagen wir eine regionale Abbauleitplanung für bestehende Rohstoffgewinnungsgebiete vor. Diese soll die Vorhaben unterschiedlicher Unternehmen steuern, geplante Maßnahmen optimieren und den unvermeidbaren Bodenabbau mit den Belangen von Natur und Landschaft in Einklang bringen.

PROJEKT: „BIOSPHERENRESERVAT SÜDHARTSTER GIPSKARST“

Zehn Jahre Absichtserklärungen ohne Taten sind genug! GRÜNE plädieren für den Schutz der einmaligen Südharter Gipskarstlandschaft über die Ländergrenzen mit Thüringen und Sachsen-Anhalt.

Wir setzen uns dafür ein, dass endlich ein Biosphärenreservat zum Erhalt der landschaftlichen Schönheit und der einzigartigen Lebensgemeinschaften dieses Ökosystems eingerichtet wird. Und zwar bevor das Gebiet restlos den Baggerschaufeln zum Opfer fällt. Es wird höchste Zeit ...

Wälder schützen

Trockene und heiße Sommer, Borkenkäferbefall und heftige Stürme belasten zunehmend unsere Wälder. Um dem entgegen zu wirken, geht kein Weg vorbei an einer naturnahen Waldwirtschaft mit heimischen Baumarten.

Standortgerechte Laub-Mischwälder trotzen den häufigeren Wetterextremen in der Zukunft viel besser. Und sie begrenzen



auch die Massenvermehrung des Borkenkäfers, der sich in Fichtenmonokulturen besonders wohlfühlt.

Wir übernehmen die Verantwortung für einen naturnahen Wald als Erholungsgebiet und als Lebensraum für Tiere und Pflanzen.

Wir GRÜNE werden die Holzeinschläge in den Landesforsten wieder auf ein ökologisch verträgliches Maß reduzieren und den naturnahen Umbau der Wälder vorantreiben. Alle Landesforsten sollen künftig nach dem Siegel Forest Stewardship Council (FSC) zertifiziert werden, das ökologische Standards einer nachhaltigen Forstwirtschaft garantiert. Private Eigentümerinnen und Eigentümer wollen wir beraten und gegebenenfalls individuell fördern beim naturnahen Umbau ihrer Wälder.

Fünf Jahre Sander im Umweltressort waren fünf Jahre Zerschlagung der erforderlichen Verwaltungsstrukturen. Hier gilt es wichtige Wiederaufbauarbeit zu leisten! Den Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz wollen wir durch eine qualifizierte Fachbehörde für Natur- und Umweltschutz mit ausreichend Personal ersetzen.

Die wichtige Arbeit der Naturschutzverbände mit ihren zahlreichen ehrenamtlichen Expertinnen und Experten vor Ort wollen wir stärken. Wir halten es für notwendig ihnen umfassende Beteiligungsmöglichkeiten zu sichern und durch institutionelle Förderung aus dem Landeshaushalt ein Mindestmaß an professioneller Arbeit zu finanzieren.

PROJEKT: NATURSCHUTZSTATIONEN MIT VIELEN AKTEUREN ETABLIEREN

Für einen naturnahen Tourismus wollen wir Naturschutzstationen, sogenannte Biologische Stationen einrichten.

Vor allem in großräumigen Schutzgebieten ist eine Vielzahl von Akteuren einzubinden. Die landwirtschaftlichen Flächen müssen weiter leicht nutzbar sein und gleichzeitig den zu schützenden Tier- und Pflanzenarten gute Lebensraumbedingungen bieten.

Landwirtschaft und Naturschutz in Kooperation müssen dafür vor Ort speziell abgestimmte Konzepte entwickeln und flexibel umsetzen.

Wir wollen lokale Naturschutzstationen etablieren, die Land oder Landkreise und Verbände gemeinsam betreiben. Wenn sich die Akteure persönlich kennen, entstehen mögliche Konflikte erst gar nicht oder werden frühzeitig ausgeräumt.

Biologische Stationen vermitteln Besucherinnen und Besuchern vor Ort wichtige Informationen und fördern den naturnahen Tourismus.



Raumentwicklung steuern

Mit dem Landesraumordnungsprogramm wollen wir die künftige Siedlungspolitik steuern und sie am tatsächlichen Bedarf und der vorhandenen Infrastruktur ausrichten. Solche Planungen vermeiden Verkehr, schonen die Umwelt und sparen Steuergelder. Wir sind gegen Zersiedlung und unnötigen Bodenabbau: Nur landesweit oder in größeren Regionen lassen sich wichtige Freiräume sowie Erholungs- und Naturschutzzone schützen. Damit kann die Landesraumordnung auch den Klimawandel begrenzen.

Es ist ein schwerer Fehler der CDU/FDP-Landesregierung, auf solche Instrumente künftig verzichten zu wollen. Auch wird ohne Not eine obergerichtlich bestätigte Zielsetzung der Landesentwicklung aufgegeben: Sogenannte Factory Outlet Center (FOC) sollen künftig nicht mehr nur in Oberzentren, sondern auch im ländlichen Raum zugelassen werden. Eine solche Politik schafft immer neue Verkehrsströme, sie schadet massiv auch dem innerstädtischen Einzelhandel und ist mittelstandsfeindlich.

Anders reisen

Wir wollen die niedersächsischen Tourismusregionen als Alternative zum klimabelastenden Fernurlaub stärken. Vorrangig sollten dabei naturnahe Tourismusangebote wie Wassersport, Radwandern, Klettern oder Reiten gefördert werden.

Die Tourismusregionen müssen mit Bus und Bahn gut erreichbar sein. Das gilt für Harz und Heide ebenso wie für die Nordseeküste.

Die touristische Infrastruktur ist im Gegensatz zu anderen europäischen Regionen vernachlässigt worden. Niedersachsen muss hier deutlich aufholen. Auch mit Hilfe von EU-Mitteln wollen wir die touristischen Angebote deutlich verbessern, denn dort sind öffentliche Mittel sinnvoller eingesetzt, als in Großprojekten wie dem klimaschädlichen „Snowdome“ in der Lüneburger Heide oder der „Bavaria Alm“ im Harz.

NACHHALTIGE LANDWIRTSCHAFT

Leitbild unserer Agrarpolitik ist der ökologische Landbau. Die von Renate Künast eingeleitete Agrarwende trägt längst Früchte. „Bio“ ist gefragter denn je. Wir könnten auch in Niedersachsen längst weiter sein, wenn Landwirtschaftsminister Ehlen nicht die Förderung des Ökolandbaus drastisch zusammengestrichen hätte.

Selbstverständlich muss auch die konventionelle Landwirtschaft umwelt- und sozialverträglich arbeiten und konventionelle Lebensmittel müssen gesundheitlich unbedenklich sein. Die diversen Lebensmittelskandale verlangen stärkere Kontrollen – nicht deren schleichenden Abbau.



Ökolandbau schützt Klima

Der hohe Anteil der Landwirtschaft an den Treibhausgas-Emissionen muss deutlich reduziert werden. Das aus der synthetischen Stickstoffdüngung frei werdende Lachgas macht etwa fünf, das aus der Viehhaltung entweichende Methan sogar rund acht Prozent am Ausstoß klimaschädlicher Gase hierzulande aus. Auch vor diesem Hintergrund wollen wir den Ökolandbau zum Maßstab der Agrarpolitik in Niedersachsen machen.

Schon das Herstellen eines Kilogramms Biobrot braucht etwa ein Drittel weniger Primärenergie als die Produktion eines Kilos konventionellen Brots. Generell spart die ökologische Bewirtschaftung bezogen auf den Ertrag etwa 50 Prozent der klimaschädlichen Emissionen ein. Die größere Speicherfähigkeit der so beackerten Böden vermindert überdies den Schaden bei Wetterextremen wie Starkregen. Und durch ihren hohen Humusgehalt binden die Böden zusätzlich bis zu 3.000 Kilogramm Kohlendioxid pro Hektar.

Beim Ökolandbau geht es längst um mehr als Klimaschutz. Nach zahlreichen Lebensmittelskandalen wenden sich immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher ab von Waren aus agrar-industrieller Produktion. Es ist empörend, dass die CDU/FDP-Landesregierung die Entwicklung des Öko-Landbaus behindert, während Bio-Ware längst in jedem Supermarkt nachgefragt wird und das Angebot kaum noch mithalten kann.

Wir wollen die ökologische Landwirtschaft in Niedersachsen massiv ausweiten und zu diesem Zweck wie andere Bundesländer die Umstellungsförderung wieder einführen. Mit Vermarktungshilfen für Bio-Produkte sowie andere garantierte Qualitätserzeugnisse werden wir die landwirtschaftliche Wertschöpfung verbessern. So sichern wir auch Einkommen und Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Damit dies transparent geschieht, fordern wir insgesamt das Offenlegen der Adressaten europäischer Agrarförderung – auch um Fehlsubventionen zu verhindern.

Gentechnikfreies Niedersachsen

Der ökologische Landbau lehnt die Gentechnik in seinen weltweit verbindlichen Richtlinien strikt ab. Auch die konventionelle Landwirtschaft muss gentechnikfrei bleiben: Ein Nebeneinander von Landwirtschaft mit und ohne Gentechnik wird auf Dauer nicht funktionieren. Außerdem lohnt es sich auch wirtschaftlich, die wachsende Nachfrage nach gentechnikfreien Lebens- und Futtermitteln zu bedienen. Wir wollen Niedersachsen deshalb zur agro-gentechnikfreien Zone machen.

Ob heimliche Freilandversuche, verstecktes Vermischen von Maissaatgut mit gentechnisch verändertem Saatgut oder Sortenprüfungen mit Pflanzen, bei denen ökologische und gesundheitliche Risiken nachgewiesen wurden: Diese Skandale gefährden die Existenz von konventionell und biologisch wirtschaftenden



Betrieben, Imkerinnen sowie Imkern. Wissenschaftliche Belege für die unabsehbaren Risiken der Agro-Gentechnik gibt es längst.

80 Prozent der Verbraucherinnen und Verbraucher lehnen gentechnisch veränderte Lebensmittel ab. Wir fordern deshalb auch die Kennzeichnungspflicht für tierische Produkte, wenn die Tiere mit gentechnisch verändertem Futter ernährt wurden.

Wir werden auf allen politischen Ebenen die Ökologisierung der konventionellen Landwirtschaft vorantreiben. Mit weniger Massentierhaltung, weniger Stickstoffdüngung, weniger giftigen Pflanzenschutzmitteln und weniger Energieeinsatz kann auch die konventionelle Landwirtschaft einen erheblichen Beitrag zu Umwelt- und Klimaschutz leisten.

Gesundes Essen ohne Skandale

Immer neue Lebensmittelskandale kennzeichnen die agrarindustrielle Produktion. Massentierhaltung begünstigt Erkrankungen wie Schweinepest, Maul- und Klauenseuche oder BSE. Auf Grundlage dieser Produktion hat sich eine europaweit agierende Futtermittel- und Fleischindustrie etabliert, die immer wieder mit ihren kriminellen Machenschaften in die Schlagzeilen gerät. Als GRÜNE kämpfen wir deshalb für regionale Wirtschaftskreisläufe in der Lebensmittelherstellung, für artgerechte Haltungsbedingungen und für ein strenges Kontrollregime im Sinne der

Verbraucherinnen und Verbraucher. Die von CDU und FDP vorgenommenen Kürzungen bei den Zuschüssen für die Verbraucherzentralen sind zurückzunehmen.

Mit Abermillionen Schweinen, Legehennen und Masthähnchen, vor allem in Süddoldenburg, ist Niedersachsen der „Agrar-Multi“ unter den Bundesländern. Die massenhafte Haltung quält Nutztiere und belastet auch Boden, Luft, Grundwasser und Menschen. In keiner anderen Region des Landes gibt es eine derartige Häufung von Bronchialerkrankungen schon bei Kindern – ein sicheres Indiz dafür, dass der vorgehaltene Viehbestand jedes gesunde Maß überschreitet. Unser Ziel ist es deshalb, den Zubau neuer Mastställe zu stoppen und den Tierbestand zu reduzieren. Dazu gehört auch eine flächengebundene Tierhaltung.

In Niedersachsen gibt es rund 55.000 landwirtschaftliche Betriebe. Nur wenige davon wirtschaften bislang biologisch, aber fast alle haben nichts gemein mit Agrarindustriellen. Ihre Überlebenschance hängt davon ab, ob sie sich einer umweltschonenden Qualitätsproduktion zuwenden. Den Weg dahin wollen wir ihnen bahnen.

Um Grünlandbewirtschaftung wieder einer angemessenen Wertschätzung zuzuführen, sind traditionelle Bewirtschaftungsformen wie die Weidehaltung zu honorieren.

Wir wollen niemandem seinen Speiseplan vorschreiben. Es ist aber unbestreitbar, dass fleischreduzierte Kost einen Beitrag zum



Klimaschutz leistet und auch gesundheitliche Vorteile bietet. Der Methanausstoß aus der Rinderhaltung ist ein Faktor beim Anstieg der Treibhausgase. Die weltweiten Rodungen zur Bereitstellung entsprechender Weideflächen beeinträchtigen ebenfalls das Klima.

Tiere als Mitgeschöpfe achten

Um dem Tierschutz Nachdruck zu verleihen, wollen wir anerkannten Tierschutzverbänden ein Klagerecht einräumen. Qualzuchten müssen als solche definiert und endlich wirksam unterbunden werden – genau wie das Verstümmeln von Tieren. Tierquälende Haltungssysteme in Landeseinrichtungen werden wir abschaffen. Die tierquälende Haltung von Legehennen in kleinen Käfigen prangern wir weiter an, auch wenn diese jetzt „ausgestaltete Käfige“ heißen. Tiertransporte wollen wir auf Fahrten zum nächstgelegenen Schlachthof höchstens auf vier Stunden begrenzen. Mit Hilfe strenger Kontrollen ist das Einhalten der veterinär- und tierschutzrechtlichen Vorgaben zu gewährleisten.

Auch die Jagd muss sich an den ökologischen Notwendigkeiten orientieren. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass seltene oder in ihrem Bestand deutlich zurückgehende Arten nicht mehr bejagt werden. Entsprechend müssen die Jagdgesetze des Bundes und des Landes dringend geändert werden.

